



metallforderung

EINE GERECHT FINANZIERTER INVESTITIONSOFFENSIVE FÜR DIE TRANSFORMATION

Für eine mutige Investitionspolitik

Die Corona-Krise hat einmal mehr offengelegt, wie mangelhaft die öffentliche Infrastruktur ist – ganz zu schweigen vom stockenden Aufbau neuer Infrastrukturen. Auf die Herausforderungen der Transformation sind wir so nicht vorbereitet. Gesellschaft und Industrie brauchen eine mutige Investitionsoffensive. Die Finanzierungsbedingungen dafür sind gut.

Der EU-Vergleich ist wenig schmeichelhaft; Deutschland rangiert bei den zwischen 2000 und 2017 je Einwohner investierten öffentlichen Geldern im unteren Drittel. Die gesamtstaatlichen Nettoanlageinvestitionen liegen seit Jahren bei nahe null, die kommunalen sind weiterhin negativ. Klar sollte aber sein: Für das kommende Jahrzehnt ist es nicht ausreichend, das bestehende Niveau der Infrastruktur zu erhalten. Wir brauchen vielmehr einen drastischen Ausbau der öffentlichen Infrastrukturen: Sei es der Ausbau der Bahninfrastruktur und der Wasserwege, die Digitalisierung von Bildung und Verwaltung oder Impulse für den auch privaten Ausbau von Energie- und Dateninfrastruktur – die Mängelliste ist lang.

Und diese Mängel schaden breiten Bevölkerungsschichten – sie sind auf eine funktionierende Infrastruktur angewiesen. Es sind zudem auch ihre Jobs, die wegfallen, wenn Infrastrukturmängel Unternehmen die Gründe liefern abzuwandern. Dabei sollte bedacht werden: Öffentliche Investitionen führen zu höheren privaten Investitionen und sichern damit Jobs. Im Kern bedroht das Investitionsdefizit den Wohlstand der Beschäftigten in Deutschland. Infrastrukturinvestitionen sind Voraussetzung für die Teilhabe der Menschen in allen Regionen und für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

67%

der Kommunen sehen mindestens einen „nennenswerten“ Investitionsrückstand über alle Infrastrukturbereiche.

Quelle: KfW-Kommunalpanel 2021

Zwar stimmt, dass sich das Investitionsvolumen in Deutschland seit 2015 deutlich erhöht hat. Allerdings: Schreibt man den Trend der letzten Jahre fort, ergäben sich preisbereinigt bis 2030 im Vergleich zu 2019 zwar Mehrinvestitionen in Höhe von 225 Mrd. Euro. Der Bedarf für diesen Zeitraum ist aber viel höher. Das arbeitgebernahe IW und das IMK in der Hans-Böckler-Stiftung veranschlagen in ihren Berechnungen einen Bedarf in Höhe von mindestens 450 Mrd. Euro.

Das Investitionsgeschehen muss sich also beschleunigen – und es kann sich beschleunigen. Allerdings nur unter bestimmten Voraussetzungen: Erstens, die Planungs- und Baukapazitäten insbesondere auf kommunaler Ebene müssen deutlich ausgeweitet werden. Die Umsetzung von Infrastrukturprojekten gelingt oft nur langsam, selbst wenn Gelder vorhanden sind.

47 Mrd. Euro

Auf diese Zahl summiert sich der Investitionsrückstand der Kommunen im Jahr 2020 – allein im Bereich „Schulen“!

Quelle: KfW-Kommunalpanel 2021

Zweitens müssen die Schuldenbremsen von Bund und Ländern reformiert werden. Nur so entsteht ausreichend Spielraum für öffentliche Investitionen. Das notwendige Investitionsvolumen darf nicht an der schwarzen Null scheitern, denn auch künftige Generationen profitieren davon und sollten an der Finanzierung beteiligt werden. Von der konjunkturellen Entwicklung unabhängige, sogenannte nicht investive Staatsausgaben (z. B. Personalausgaben) sollten mit einer Ausgabenregel verstetigt werden. Zu einer solchen Reform der Fiskalregeln würde auch eine Harmonisierung zwischen deutschen und europäischen Regeln über öffentliche Ausgaben und Verschuldung gehören.

FAIRWANDEL

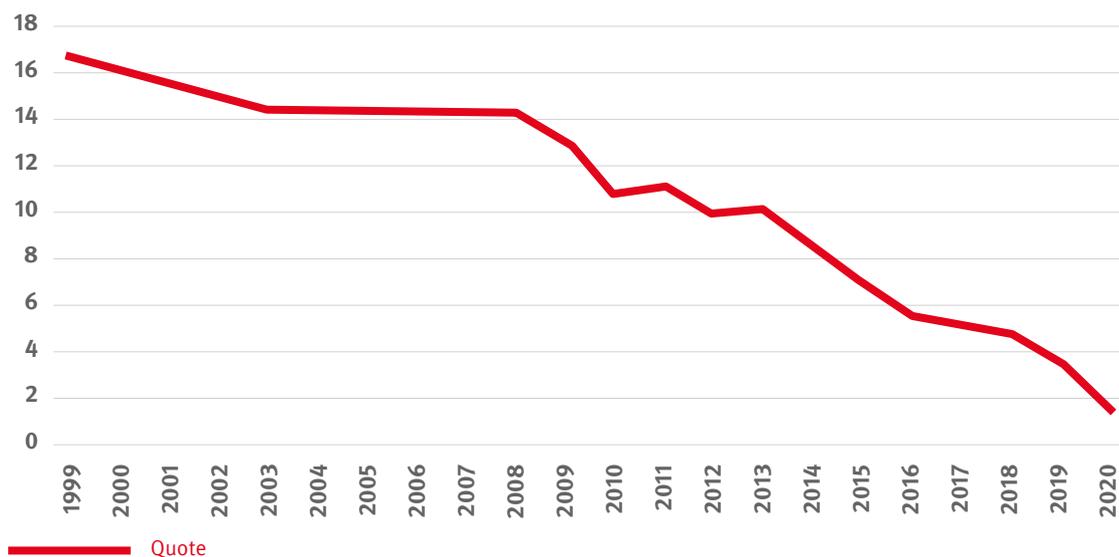
Wahl 21



Höhere Schulden sind dabei kein Problem: Die Belastung der öffentlichen Haushalte durch Zinsen sinkt gemessen am Bruttoinlandsprodukt seit den 1990er Jahren. Die Zinsen sind auch weiterhin gering und deutlich geringer als die zu erwartenden Renditen öffentlicher Investitionen. Höhere Schuldenstände verbauen künftigen Generationen nicht die Zukunft – sie ebnen ihnen die Zukunft.

Drittens muss ein Großteil der Investitionen auf kommunaler Ebene erfolgen. Schon seit Jahren entwickeln sich Kommunen in Bezug auf ihr Investitionsverhalten systematisch auseinander. Die Länder müssen die Altschulden von überschuldeten Kommunen unter Mithilfe des Bundes übernehmen, um regionalen Ungleichgewichten entgegenzuwirken.

Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben des Bundeshaushaltes, in Prozent



Quelle: eigene Darstellung nach BMF

Höhere Schulden sind kein Problem: Die Entwicklung der Zinsausgaben eröffnet Spielräume.



Die IG Metall fordert

- ▶ eine Abkehr von der schwarzen Null sowie Abschaffung oder Reform der Schuldenbremsen von Bund und Ländern
- ▶ einen deutlichen Anstieg des Investitionsvolumens in die öffentliche Infrastruktur – beispielsweise die Wasserstoff- und Bahninfrastruktur, ebenso aber auch in Schulen und das Gesundheitswesen
- ▶ einen Ausbau der Planungs- und Baukapazitäten, insbesondere auf kommunaler Ebene. Zudem: Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren
- ▶ die Übernahme der Altschulden überschuldeter Kommunen durch die Länder unter Mithilfe des Bundes





metallforderung

EINE GERECHT FINANZIERTER INVESTITIONS-
OFFENSIVE FÜR DIE TRANSFORMATION

Für ein faires Steuersystem

Die Gesellschaft wandelt sich tiefgreifend, der ökologische und digitale Umbau ganzer Industrien wird vorangetrieben. Dafür braucht es einen handlungsfähigen Staat. Deshalb muss auch das Steuersystem insbesondere mit Blick auf zwei Aspekte umgebaut werden: Die Transformation geht mit gewaltigen Finanzierungsbedarfen einher, für die das Steuersystem Mehreinnahmen aufbringen muss. Zugleich nahm in den letzten Jahren die Ungleichheit immer weiter zu, die gesellschaftlichen Fliehkräfte werden stärker.

Die IG Metall fordert deshalb ein Steuersystem, das wirklich wieder umverteilt, indem die Kapitalseite stärker bei der Finanzierung der Transformation in die Pflicht genommen wird. Dadurch lassen sich auch höhere Einnahmen generieren.

95%

der Steuerpflichtigen würden durch die vom DGB vorgeschlagene Steuerreform entlastet.

Über 450 Mrd. Euro müssen bis 2030 in die Infrastruktur Deutschlands investiert werden. Ein Teil davon kann über Kredite, ein anderer Teil muss durch Steuer Mehreinnahmen finanziert werden. Auch die Lasten der Corona-Krise müssen fair verteilt werden: Bund und Länder werden coronabedingt insgesamt 480 Mrd. Euro Schulden bis 2022 aufnehmen.

Das Steuersystem ist schon lange außer Balance geraten: Die Reformen der letzten Jahrzehnte belasten einseitig die sozial schlechter Gestellten – ein höherer Anteil der Steuereinnahmen wird durch Konsumsteuern generiert und überproportional von Geringverdiener*innen getragen. Der Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer wurde ebenso wie die Körperschaftsteuer gesenkt, die Vermögensteuer ausgesetzt, die Erbschaftsteuer trotz der Kritik des Bundesverfassungsgerichts nicht wesentlich verändert.

Und wenn Befürworter*innen der Abschaffung des Solidaritätszuschlags von einer Entlastung einkommensschwacher Personen sprechen, unterschlagen sie, dass Geringverdiener*innen den Solidaritätszuschlag ohnehin nicht zahlen.

All das hat dazu geführt, dass das Steuersystem in Deutschland zusehends weniger progressiv wurde: Die zusammengefasste Steuer- und Abgabenlast ist zwischen dem ärmsten und dem reichsten Viertel der Einkommensverteilung kaum progressiv, während sie im oberen Viertel nahezu gleich bleibt – das System von Abgaben und Steuern erfüllt heute demnach keine wesentliche Umverteilungsfunktion mehr.

Die IG Metall fordert ein Steuersystem, das die Finanzierungserfordernisse des Gemeinwesens wieder gerechter verteilt, und schlägt dafür insbesondere drei Stellschrauben vor: Erstens, Vermögen, das über 1 Million Euro hinausgeht (Freibetrag für Singles), sollte mit einem stufenweise steigenden Tarif besteuert werden. Dieser sollte zunächst 1 Prozent betragen und stufenweise auf maximal 2 Prozent für Vermögen über einer Milliarde Euro steigen. Zweitens eröffnen die laufenden Initiativen zu einer international abgestimmten Reform der Körperschaftsteuer die Möglichkeit, die Gewinne von Unternehmen wieder angemessener zu besteuern. Zuletzt sollte der Einkommensteuertarif grundsätzlich reformiert werden: Mit einem höheren Grundfreibetrag, dem Streichen des sogenannten Mittelstandsbauchs und einem späteren Greifen des Spitzensteuersatzes können geringe und mittlere Einkommen deutlich entlastet werden. Im Gegenzug sollten Spitzensteuersatz und Reichensteuersatz steigen.

60 Mrd. Euro

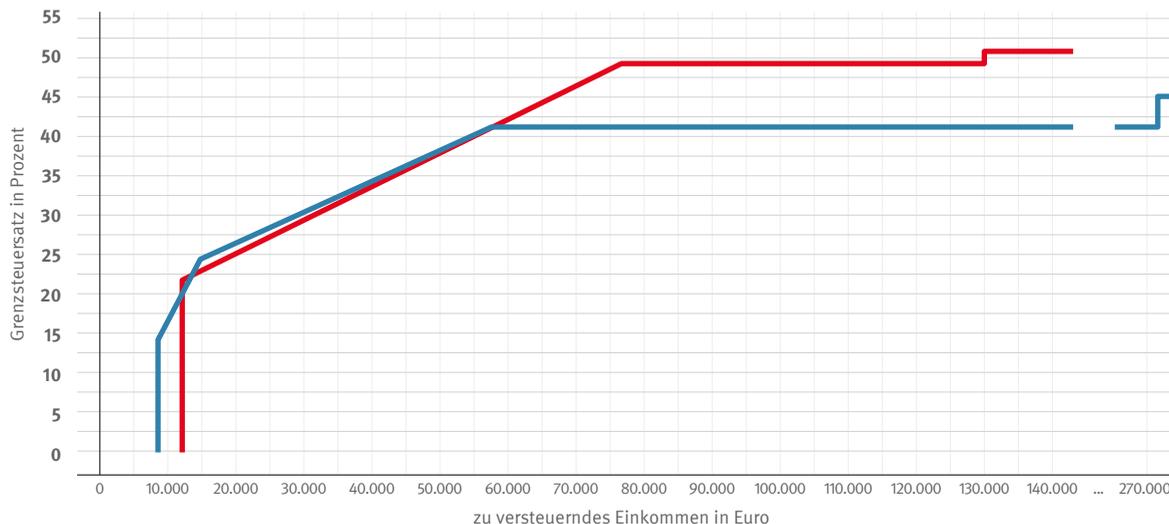
Mehreinnahmen würde der Staat jährlich aufbringen, wenn das Steuerkonzept des DGB umgesetzt wird.

FAIRWANDEL

Wahl 21



Aktueller Grenzsteuersatz der Einkommensteuer und DGB-Reformvorschlag



— Grenzsteuersätze nach DGB-Konzept für 2022
 — Grenzsteuersätze nach Einkommen in Deutschland 2021

Hinweis: Das zu versteuernde Einkommen ist im Regelfall deutlich geringer als das Bruttoeinkommen.

Quelle: eigene Darstellung nach DGB-Steuerkonzept 2021

Unser Vorschlag: Die Kurve für die Einkommensteuertarife flacher – und damit fairer – machen, den „Mittelstandsbauch“ abtragen. Und: ein höherer Spitzensteuersatz, der aber erst bei deutlich höherem Einkommen greift.

Diese Forderungen sind auch Teil des DGB-Steuerkonzepts, das eine Reihe weiterer wichtiger Stellschrauben benennt, um das Steuersystem gerechter auszugestalten. Dazu gehört z. B., die Einnahmen von Gemeinden weniger abhängig von der Konjunktur zu machen, indem die Gewerbesteuer zu einer Gemeindeförderung mit deutlich breiterer Bemessungsgrundlage weiterentwickelt wird.

Zu dem gehört auch eine Reform der Besteuerung von Ehegatten, die Nachteile beim Bezug von Lohnersatzleistungen abschafft und der Vielfalt der Familien gerecht wird. Die Maßnahmen des Steuerkonzepts generieren deutliche Mehreinnahmen und entlasten trotzdem geringe und mittlere Einkommen deutlich.



Die IG Metall fordert

- ▶ die Einführung einer progressiven Vermögensteuer für Vermögen, das über 1 Million Euro (Tarif für Singles) bzw. 2 Millionen Euro (Tarif für Ehegatten und Lebenspartner) hinausgeht
- ▶ eine angemessene Besteuerung von Unternehmen: Statt weiterer Senkungen der Körperschaftsteuer sollten die laufenden internationalen Initiativen genutzt werden, um wieder auf eine höhere Besteuerung von Unternehmensgewinnen hinzuwirken
- ▶ eine Reform der Einkommensteuer. Sie ist das Kernelement eines umverteilenden Steuersystems. Unser Reformvorschlag würde geringe und mittlere Einkommen entlasten und höhere Einkommen stärker belasten
- ▶ weitere wichtige steuerpolitische Stellschrauben zu drehen, z. B. eine Reform der Gewerbesteuer, die die kommunalen Einnahmen weniger konjunkturabhängig macht, oder eine Reform der Besteuerung von Ehegatten zugunsten von Familien (siehe DGB-Steuerkonzept)

Weiterführende Informationen:



www.igmetall.de/wahl21